

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

155 (8.7.1920)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Verlagspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 1/2 Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelempl. 25 1/2 P.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelleite 1.— M. Die Restamezelle 8.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Verhandlungen in Spa.

Dritte Sitzung.

Spa, 8. Juli. Die dritte Sitzung der Konferenz fand gestern nachmittags um 1/4 Uhr statt.

Darauf legte General von Seekt ausführlich den Plan wegen Ablieferung des restlichen Heeresmaterials und der allmählichen Herabsetzung der Truppenstärke dar. Für die ersten gab er 1 Jahr, für die letzten 1 1/2 Jahr als Termin an. Er ging besonders auf die große Zahl der noch in Deutschland befindlichen Gewehre ein, von denen rechnungsgemäß noch beinahe 3 Millionen abzuliefern seien und fast 2 Millionen keinen nachweislichen Verbleib hätten. Die Verminderung der Reichswehr könne nur ganz allmählich erfolgen. Sie solle bis zum 1. Oktober 1920 auf 190 000 Mann, bis zum 1. Januar 1921 auf 180 000 Mann, bis zum 1. April 1921 auf 160 000 Mann, bis zum 1. Juli 1921 auf 130 000 Mann und schließlich bis zum 1. Oktober 1921 auf 100 000 Mann durchgeföhrt werden. Entsprechend würde die Infanterieabgabestärke reduziert und gewisse Stütztruppen schrittweise aufgelöst werden. Für eine besondere Besprechung der militärischen Sachverständigen stellte er noch eine Reihe von Wünschen zur leichteren Verwaltung des Truppenrestes an, die weder zahlenmäßig noch grundsätzlich dem Friedensvertrage widersprechen.

Lloyd George kritisierte die deutschen Vorschläge in längerer Rede. Die eigenen Angaben des Generals zeigten, wie berechtigt sich diese Besorgnis der Alliierten vor dem gegenwärtigen Zustand Deutschlands in militärischer Hinsicht sei, da jetzt über die im Friedensvertrage zulässige Zahl hinaus noch 3 Millionen Bewaffnete sich in Deutschland befänden. Das bedeute eine beständige Bedrohung, nicht nur der deutschen Regierung selbst, sondern aller Nachbarstaaten mit bolschewistischen Ansprüchen. Er beargwöhne nicht, wie die deutsche Regierung daran denken könne, solche Zustände auch nur 5 Wochen gedulde denn 1 1/2 Jahr bei sich zu dulden. Sie könne jetzt eine Probe ihrer Macht geben. Die geforderte Verlängerung der Frist gehe weit über das notwendige Maß hinaus. Uebrigens schlug Lloyd George vor, daß die militärischen Sachverständigen der beiden Parteien sich über die im einzelnen abweichenden Dittren betreffend des Heeresmaterials, sowie über die Durchführung der Marine- und der Luftflotte sofort verhandeln sollten und daß die Leiter der alliierten Delegationen mit ihren militärischen Hauptfachverständigen die Vorschläge der deutschen Delegation beraten sollten. Morgen mittags 12 Uhr würde dann die endgültige Antwort auf die Vorschläge erteilt werden.

Nach der Sitzung traten sofort die militärischen Sachverständigen der Alliierten Dislokationskaren für die Heeresstärke von 200 000 Mann und für 100 000 Mann ab, wurde die Sitzung um 6.45 Uhr geschlossen und die nächste Sitzung auf Donnerstag mittags anberaumt.

Nach der Sitzung trat sofort die militärischen Sachverständigen zu der vorgeschlagenen und deutschseits angenommenen Besprechung zusammen. Dabei wurde über die Dittren des Heeresmaterials eine Einigung erzielt.

Spa, 7. Juli. Zur Teilnahme an der Beratung über die Kohlenfrage, die voraussichtlich bald beginnen wird, sind von der deutschen Regierung als Sachverständige folgende Herren nach Spa gebeten worden: Herr Sinnnes, Geh. Rat Hilger, Geh. Rat Arnhold, Herr Lübben, Herr Hue, Reichskolonialkommissar und Generaldirektor Bongeter.

Der Eindruck der Blätter vom gestrigen Tage in Spa ist überwiegend der, daß es als ein Erfolg anzusehen ist, wenn es gelingt, die Verhandlungen in Gang zu bringen. Im „Berliner Postbote“ wird hervorgehoben, daß Milner sehr oft sich pessimistisch über die Ergebnisse der Konferenz geäußert habe. Von der Regie Lloyd Georges wird gesagt, sie sei raffiniert geschickt darauf eingestellt, vor den eigenen Wählern den bisherigen Siegesglanz ungetrübt zu erhalten. — Das „Berliner Tageblatt“ sagt, die Diskussion über die Entschädigungsfrage werde vermutlich am Freitag beginnen. Auch nach diesem Blatte gehört der Erfolg des gestrigen Tages dem deutschen Minister des Auswärtigen Dr. v. Simons. Er habe in vollendeter Form und wie auch von alliiert Seite anerkannt werde, mit großer Schlagfertigkeit den deutschen Standpunkt vertreten.

Feuerungskündigungen.

W. Königsberg, 7. Juli. Auf dem Markte wurden heute früh eine Anzahl Verkaufsstände geplündert. Die Verkäufer wurden mißhandelt. Als die Menge auch ein Schutzgeschäft zu plündern drohte, empfing sie ein starkes Aufgebot der Sicherheitswehr mit Maschinengewehren und sicherte die Straßen.

W. Berlin, 7. Juli. Auf dem Potsdamer Wochenmarkt kam es zu regelmäßigen Schlägereien zwischen den Werderschen Bauern und Käufern. Obst und Eier wurden auf die Straße geworfen und den Bauern über die Köpfe geschüttelt.

W. Offenburg, 7. Juli. Am Dienstag abend fand hier eine Kundgebung der sozialistischen Parteien gegen die hohen Lebensmittel- und Kleiderpreise und gegen den hydrogenen Steuerantrag statt. Die Geschäftsinhaber Offenburgs wurden aufgerufen, innerhalb 3 Tagen zu erklären, ob sie einen 50prozentigen Zuschlag auf sämtliche Preise genehmigen. Falls keine befriedigende Antwort erfolge, wanne das Gewerkschaftskomitee keine Garantie für ruhige Auseinandersetzungen übernehmen.

W. Ettlingen, 5. Juli. Das Publikum hatte auf dem heutigen Wochenmarkt sich gewundert, die von den Verkäufern geforderten Preise zu bezahlen. Die Polizei setzte nun die Verkaufspreise entsprechend herab. Als verschiedene Händler dann mit ihren Waren abziehen wollten, wurden sie zum Verkauf gezwungen.

Abbau der Preise.

Konstanz, 7. Juli. Aus dem größten Teil der Gemeinden der Bodenseeregion, wie auch aus dem Bezirk Waldshut und Säckingen und einer Reihe Schwarzwaldburggemeinden liegen Meldungen vor, wonach sich die Landwirte bereit erklärten, den Liter Milch für eine Mark bis 1.20 M. abzugeben.

Wethem, 7. Juli. Eine Aussprache zwischen Vertretern der Erzeuger und der Verbraucher führte zu der Einigung, daß der Erzeugerpreis für ein Ei auf 1 M. der Verkaufspreis für Milch auf 1.40 M., der Einkaufspreis für ein Pfund Fleisch Lebendgewicht auf 3—3.50 M. festgesetzt wurde. Zum Kartoffelpreis war man allgemein der Ansicht, daß der vom Reichsernährungsministerium in Aussicht genommene Höchstpreis von 25 M. nicht in Frage kommen könne.

Laubersbichsheim, 7. Juli. Die für den hiesigen Bezirk von den Organisationen des Bauernstandes und des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes gebildete Lebensmittelausschüsse beschloß den Preis für den 3-Pfund-Bratlaib auf 2.50 M., für ein Pfund Fleisch auf 5.80 M. und für Zucker auf 1.60 M. festzusetzen. Der Erzeugerpreis für Milch beträgt 1.30 M. Der Kartoffelpreis wird festgesetzt, sobald sich das Ergebnis der neuen Ernte übersehen läßt. Der Erzeugerpreis soll sich zwischen 10 und 15 M. bewegen. Die Ausgleichsstelle hat einen Aufruf an die Landwirte gerichtet, durch Schaffung örtlicher Kontrollen aus Kreisen der Erzeuger und Verbraucher dem Samstagswesen und dem Schleichhandel entgegenzutreten.

Raboldzell, 6. Juli. Der hiesige Bauernverein beschloß, den Liter Milch ebenfalls für 1.20 M. abzugeben.

Proteststreik gegen den Steuerabzug.

W. Magdeburg, 7. Juli. Die Pressestelle des Oberpräsidiums meldet, im Gegensatz zu den gestern in Halle gefassten Beschlüssen der Betriebsräte und der Gewerkschaftsfunktionäre der Unabhängigen, wegen des Steuerabzuges nicht in den Generalstreik zu treten, brachten kommunistische Elemente sämtliche Gruben des Weistales (Meriburg, Weistal) mit Ausnahme der Cäciliengrube zum Stillstand. Hier wurde als besonderer Grund der Steuerabzug angegeben.

Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

W. Basel, 7. Juli. Die achte Delegiertenversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz wurde gestern vormittag durch Nationalrat Bullig eröffnet. Erhielten sind 30 Delegierte von den Regierungen aller Länder und Sektionen, auch ein Vertreter des Reiches und des Arbeiteramtes des Völkerbundes in Genf. Ein Delegierter wünschte von der deutschen Delegation eine Erklärung, daß sie ihre feindselige Bestimmung wechsele, da ohne ein solches Bekenntnis eine Zusammenarbeit unmöglich sei. Namens der deutschen Sektion lehnte Professor Franke eine solche Erklärung ab, da die Sektion niemals Politik getrieben habe. Präsident Bulligleser machte in würdigen Worten zur Verödigung und Zusammenarbeit. Einstimmig gab man die Zustimmung, als reorganisierte Vereinigung mit dem Völkerbunde zusammen wirken zu wollen. Es wurden drei vorbereitende Kommissionen gebildet.

Der Friede mit Oesterreich.

W. Paris, 7. Juli. Der Vorkonferenzrat hat gestern beschlossen, daß der Austausch der Ratifikationsurkunden mit Oesterreich am 16. Juli stattfinden soll. Er hat ferner den Antrag, die Volksabstimmung im Bezirke Trieben vorzunehmen, abgelehnt.

1552 000 M. aus Mitteln der Stadt Karlsruhe für Wohnungsbauten.

In einer Vorlage an den Bürgerversammlung fordert der Stadtrat die Bewilligung eines Kredits von rund 7 820 000 M. für Wohnungsbauten. Der Betrag soll aus Anlehensmitteln bestritten und folgendermaßen verteilt werden: Mieter- und Bauverein 332 833 M., Gartenstadt Ruppurt 4 062 440 M., Gartenstadt Gänzwinkel 1 019 020 M., Handwerker- und Baugewerkschaft 1 885 785 M.

In einer weiteren Vorlage werden 4 408 500 M. als Nachtragskredit für Wohnungsbauten 1919/20 angefordert. Diese Summe entstand infolge Überschreitung der Kosten für die seit November 1918 erzielten bezug. begebenen Wohnhäuser, sowie Einbauten von Wohnungen in Kasernen und Notwohnungen. Der Betrag würde sich eigentlich auf 6 093 500 M. belaufen, es gehen jedoch aus nichtverwendeten früheren Krediten 1 685 000 M. ab, so daß 4 408 500 M. sich als notwendig erweisen. Ferner soll der Bürgerversammlung zur Erwerbung von Grundstücken mit unbenutzten Privat-Wohnungsbauten 135 000 M. bewilligt. Der Betrag ist aus Mitteln des vom Bürgerversammlung in seiner Sitzung vom 23. Januar bewilligten Fonds von 500 000 M. zu entnehmen und der Fond um obige Summe aus Anlehensmitteln wieder zu ergänzen.

Reichswehr-Verminderung.

Von R. Söltermann-Magdeburg.

Die Noten der Entente, welche die Verminderung der Reichswehr auf 100 000 Mann und die Auflösung der Sicherheitspolizei fordern, beschäftigen die Presse aller Richtungen und machen der Regierung viel Sorge.

Am einfachsten „lösen“ die Unabhängigen und Kommunisten das Problem, indem sie kurzweg die Durchführung der Forderungen verlangen. Die Rechte ist ebenso einig in der glatten Ablehnung.

Beide „Lösungen“ sind unmöglich. Die Gründe liegen klar zu Tage. Einmal hat die Entente die Macht, die Auflösung zu erzwingen und zum anderen erscheint die glatte Auflösung der Reichswehr und Sicherheitspolizei in den festgesetzten Fristen ohne schwere inneren Erschütterungen anschauflos. Das Vorsehen der in ihrem Kerne republikanisch zuverlässigen Sicherheitswehr in ihrer heutigen Organisation ist für die deutsche Republik eine Lebensnotwendigkeit. Das muß der Entente klar gemacht werden.

Mit der Verminderung der Reichswehr auf 100 000 Mann müssen wir uns abfinden und können es auch, ohne daß die Erhaltung des inneren Friedens Schaden leidet.

Schwierigkeiten macht nur das Problem der Unterbringung und der Existenzsicherung von 100 000 jungen Männern. Reichswehrminister Gessler hat auf diese Schwierigkeiten sofort hingewiesen. Er hat verhältnismäßig bald erkannt, daß die ganze Militär- und Auflösungsfrage in der Hauptfrage eine Existenzfrage ist.

Es bleibt nur ein Weg: Die zu entlassenden Soldaten müssen im Wirtschaftsleben untergebracht werden. Das ist aber ohne tatkräftige Mitarbeit der Arbeiter nicht möglich. Die Arbeiter in ihrer Gesamtheit müssen sich bereit erklären, den erlittenen Verlusten der Soldaten den Uebergang ins Wirtschaftsleben zu erleichtern und zu sichern.

Bisher haben vielfach die Arbeiter das Gegenteil getan und Reichswehrangehörigen die Rückkehr ins Berufsleben geradezu unmöglich gemacht. Der Boykottbeschluss gegen Angehörige der Wehrmacht war einer der dümmsten und kurzschichtigsten Streiche der Ueberradikalen. Damit haben sie sich die Reichswehrsoldaten zu den erbittertesten Feinden gemacht und sie den Freikorpswehren geradezu in die Arme getrieben.

Alle Arbeiterparteien, Gewerkschaftsorganisationen, Betriebsräte usw. sollten als erste Maßregel zur Auflösung der Freikorps usw. eine allgemeine Amnestie für die zu entlassenden Soldaten beschließen und auf ihre tatsächliche Durchführung mit aller Strenge achten. Als Gegenleistung kann von der Regierung gleichgültig wie sie heißt, eine allgemeine politische Amnestie verlangt werden. Die Verfolgung von wirklichen Verbrechern dürfte dadurch natürlich nicht berührt werden.

Mit der blanken Gattrechnung allein ist aber noch nicht viel getan. Das wäre nur die Voraussetzung für die Unterbringung und Existenzsicherung der Opfer des Friedensvertrages.

Die Aufgabe ist durchaus nicht zu schwer. Als ausführende Organe stehen die Arbeitsgemeinschaften der Gewerkschafts- und Unternehmerverbände zur Verfügung. Diesen müßte die Aufgabe übertragen werden in kürzester Frist alle zu entlassenden Soldaten und Offiziere im Wirtschaftsleben unterzubringen. Die Mehrzahl davon sind junge Männer ohne eigentlichen Beruf, die in einem Alter stehen, in dem sie noch einen Beruf erlernen können. Für immer kann sie die Arbeiterkraft gewinnen, wenn sie entschlossen und mit Verständnis ihnen dabei behilflich ist. Für die große Mehrzahl der Offiziere ließe sich ebenfalls eine ihren Lebensbedürfnissen entsprechende Existenz finden. Auch diesen Männern dürfte die Arbeiterkraft nicht von vornherein mit Feindschaft begegnen — was nebenbei gesagt — durch und durch unsozialistisch wäre, genau so wie der unglückselige Vorkottbeschluss unsozialistisch gedacht war. In tiefstem Sinne ist die Auflösung der sozialistenfeindlichen und konterrevolutionären Formationen eine Sozialisierungsaufgabe, die nur mit sozialistischen Mitteln gelöst werden kann.

Die Belastung des Wirtschaftslebens in der gegenwärtigen Krise wäre sicherlich schwer. Viel verheerender wirkt aber der kleinste Ruß. Man denke nur an die Folgen des Ruß-Brotkrieges, der mit 8000 Mann gemacht wurde und zu dessen Niedererschlagung ein achtstägiger Generalstreik notwendig war. Die reibungslose Auflösung der überflüssigen Formationen ist aber eine für die Republik so wichtige und für die ruhige Weiterentwicklung des deutschen Wirtschaftslebens so entscheidende Frage, daß alle Bedenken gering erscheinen.

Die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge können nirgends produktiver verwendet werden, als zur Unterstützung von Soldaten und Offizieren, die ins Wirtschaftsleben einmündert werden sollen. Wertvolle Dienste können dabei die wirtschaftlichen Vereinigungen der Soldaten und Offiziere leisten. Wenn die Mittel nicht ausreichen, kann das Reich eingreifen, indem

den Soldaten noch für längere Zeit — für Wehrzeit — die militärischen Gehaltszahlungen weiter bezahlt. So sind diese Gelder sicher besser angewendet, als wenn noch weiterhin Formationen damit unterhalten werden müßten, die von den Feinden der Republik gar zu leicht mißbraucht werden könnten.

Sichert den Soldaten die Existenz besser als bisher und sie werden aus Feinden der Republik zu ihren besten Freunden. Unsere Junker und Junkerengenossen hatten besser begriffen, wie man Soldaten für sich gewinnt. Sie gaben ihnen auf ihren Gütern reichlich Brot und nahmen ihnen die Existenzsorgen und die Soldaten waren bereit, für sie ihr Leben einzusetzen. An dem Auflösungsproblem, das vielleicht das Problem der Republik und der Einheit Deutschlands ist, läßt sich die Wahrheit des Satzes erweisen, daß es der sozialistischen Arbeiterklasse möglich ist, Todfeinde des Sozialismus zu seinen Freunden zu machen, wenn sie sozialistisch handelt.

Politische Uebersicht.

Ein Verfolgter.

Linksradikale, die verfolgt werden, kommen nicht weit. Selbst wenn sie gar nicht der Verfolgung zu entweichen suchen, werden sie schon nach wenigen Minuten „bei einem Fugtwort“ erschossen. Anders reaktionäre Aufsteiger, gegen die ein Stedbrief erlassen ist. Entweder die Flucht gelingt ihnen tadellos wie Kapp und Lüttich, oder aber sie machen nicht einmal den Versuch zu entfliehen und können trotzdem nicht gefunden werden. Der angeblich stedbrieflich verfolgte Oberst Bauer fand die Muse, eine Broschüre über den Kapp-Kuhstich zu schreiben und verlegte zu lassen, mitten auf der „Flucht“ vor der, nach, so fündigen Postzeit. Ein noch weit genialerer Flüchtling aber ist der Hauptmann Pfeffer, der famose Begründer des Front-Bundes, von dem uns jüngst durch den Reichswehrminister Gehler berichtet wurde, daß er sich seine Verhaftung nur durch die Flucht entzogen habe. Dieser Mann bringt auf seiner Flucht noch ganz andere Kunststücke fertig als Oberst Bauer. Er schreibt nicht nur, während er flieht, sondern er organisiert im Fliehen eine neue Verschwörung gegen die Republik, sammelt Truppen, knüpft Verbindungen an — alles fliehend, da er ja doch stedbrieflich verfolgt wird — und läuft trotz alledem nicht Gefahr, bei seiner nun schon monatelang dauernden Flucht von irgend einem Bewaffneten behelligt, geschweige denn erschossen zu werden.

Dieser König aller Flüchtlinge bekommt es fertig, in der „Effener Allgemeinen Zeitung“ vom 29. Juni folgendes Inserat zu erlassen:

Freikorps Pfeffer.

Chemalige Angehörige, die einen Anspruch auf Verleihung des Bataillonkreuzes zu haben glauben, wollen sich unter genauer Angabe ihrer jetzigen Adresse und ihrer damaligen Kompanie wenden an Pfeffer, Baderborn (Westfalen), postlag. Das ist natürlich nichts weiter als ein plumper Versuch, die Adressen sämtlicher Angehörigen des aufgelösten Freikorps zu erlangen und dieses auf Umwegen wieder zu sammeln. Aber nicht nur sein aufgelöstes Freikorps, sondern auch den verbottenen Frontbund sucht Herr Hauptmann Pfeffer wieder zusammen zu bekommen. Er hat in Baderborn im Hotel Pfeffermann eine Zentralstelle eingerichtet, wo er ganz ungehindert aus und einzieht. In die Ortsgruppen des Bundes sind in den letzten Tagen neue Anweisungen ergangen, in denen trotz des bestehenden Verbots zu endlicher Arbeit aufgefordert wird. Man rechnet auf die baldige Aufhebung des Verbots durch die neue Regierung. In der Anweisung heißt es nach Angabe der „Freiheit“ wörtlich:

„Was dahin soll zu keinerlei Handlung aufgefordert werden, die irgendwie strafbar sein könnte. Offizielle Mitgliederlisten werden bis dahin nicht geführt, Beiträge werden nicht erhoben. Es bleibt auch noch so Arbeit genug für die kurze Spanne Zeit übrig: Aufführung, mündliche Auffklärung, Ansprache, Besprechung, Sammlung von Wünschen aller Art! Vorbereitung und Ueberlegung alles Nötigen, damit am Tage unserer Wiedererkennung die Berufsvertretung der Truppen, möglichst auch schon ganze Landesgruppen mit einem Schläge fix und fertig dastehen.“

Es sind dann noch besondere Richtlinien aufgestellt worden, vor allem für Kommeten, wo die auf den Gütern einquartierten Bataillone samt und sonders mit dem Front-Bund in Beziehungen stehen.

All dieses geschieht unter der Leitung eines Mannes, der angeblich stedbrieflich verfolgt wird und seine neue Tätigkeit

verfügt obendrein gegen die Verordnung des Reichswehrministers Gehler, die mit Buchaus bis zehn Jahren denjenigen bedroht, der die Auflösung der Freikorps zu hintertreiben sucht. Herr Gehler hat diese Verordnung noch als Minister der Regierung Deemann Müller erlassen, aber er wird doch wohl auch noch als Minister des Kabinetts Lehrenbach auf ihre Befolgung Wert legen?

Angriffe gegen den württembergischen Minister des Innern.

Stuttgart, 7. Juli. Die sozialdemokratische „Schwab. Tagwacht“ wendet sich gegen das weitere Verbleiben des der Zentrumsparlei angehörenden Ministers Graf, des bisherigen Ernährungsministers, jetziger Minister des Innern, in der württembergischen Regierung. Sie bezichtigt ihn der bewußten Unwahrheit bei seinen letzten Amtshandlungen und bezichtigt ihn als den Hauptschuldigen der Lebensmittelpreiserhöhung in Württemberg.

Unabhängige Würdelosigkeit.

Gelegenlich des Danziger Hafenarbeiterstreiks haben unabhängige Mitglieder der Kommission der Hafenarbeiter, die die Verhandlungen mit Oberkommissar Tower führten, von dem Oberkommissar den Ersatz der Danziger Sicherheitswache durch englische Soldaten zur Bewachung des Hafens gefordert. Von dem englischen Oberkommissar Tower mußten sie sich sagen lassen, daß er für solchen Ersatz kein Verlangen habe. Er fragte sie, ob sie denn keine Scham besäßen, nicht die Schmach des Zustandes zu fühlen, den sie ihm forberten. Dies alles machte auf die Danziger unabhängigen Führer keinen Eindruck. Sie erklärten, sie würden in der fremdlandlichen Bewachung keine Erniedrigung sehen. Das sei höchstens Sache des Staates. Kommentar überflüssig.

Die Milchversorgung der Städte.

Von besonders sachverständiger Seite wird den „P. P. N.“ geschrieben:

Die in letzter Zeit an Schärfe zunehmenden Angriffe gegen die die Städte mit Milch versorgenden Landwirte lassen in vielen Fällen, von einigen nicht unberechtigten Kritiken abgesehen, die rechte Einsicht in die zur Zeit bestehenden Schwierigkeiten der Milchversorgung vermissen. Bei Verteilung der Sachlage dürfen folgende Tatsachen nicht unbeachtet bleiben:

Die sich aus der Erfüllung des Friedensvertrages ergebende Viehabschlachtung an den Feindbund zwingt uns, gerade die besten und leistungsfähigsten Milchviehe abzuleiern, die im jetzigen hochtragenden oder frischmilchenden Zustande die Milchversorgung für die nächsten Monate sicher zu stellen hatten. So müßte einzelnen Lieferungsstellen, zum Teil sogar im dichtbesiedelten Industriegebiet ein Abgabesoll von 800 und mehr Milchviehen auferlegt werden. Schätzungsweise wird hierdurch der versorgungsberechtigten Bevölkerung eines Kreises eine wöchentliche Milchmenge von rund 20 000 Liter entzogen! Dazu kommt ein zweites: In weiten Teilen des Reiches, zumal im Westen und Süden, herrscht zur Zeit die Maul- und Klauenseuche in einer besonders schweren Form und fordert zahlreiche Opfer. Die von der Seuche befallenen Milchviehe gehen, sofern sie nicht gar erliegen, in ihren Milchträgen ganz bedeutend zurück, in vielen Fällen verliert die Milch vollkommen. Neben dem Mangel an Kraftfutter kommt die zum Teil ungenügende Pflege und Wartung der Tiere hinzu.

Gegen Mischjände bei der Milchablieferung wird von den zuständigen Stellen mit allen Mitteln vorgegangen, und alles getan, um zum mindesten die Versorgung der Kranken und Säuglinge in den Städten mit Vollmilch einigermaßen sicher zu stellen. Die Lösung dieser Aufgabe aber wird erschwert durch Erhebung von Beschlagnahmungen der Gesamtheit der Milchzeuger; diese erscheinen in ihren unberechtigten Verallgemeinerung nur geeignet, die städtische Bevölkerung unnötig zu erregen und die Ablieferungsfreudigkeit der Landwirte anstatt zu erhöhen zu lähmen.

Der belgische Sozialistenführer Gnymans über den Völkerverbund.

Basel, 7. Juli. In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Basler Nachrichten“ erklärte der belgische Führer der 2. Internationalen, Kamille Gnymans, es bestehe zwischen den belgischen Sozialisten und den belgischen Regierungsmitteln ein schließliches Verständnis. De la Croix lebeereinstimmig darin, daß der Völkerverbund ohne Deutschlands Aufnahme undenkbar sei. Die kleinen Völker hätten sich für den Völkerverbund jede erdenkliche Mühe gegeben, aber bevor sich die politische Situation in England und Frankreich ändere, werde der Völkerverbund kaum zustande kommen können. Besonders in Frankreich müsse sich die politische Lage erst gründlich ändern. In England

liege die Sache günstiger, da außer der Labour Party auch bürgerliche Politiker wie Robert Cecil und andere sich in einem dem Völkerverbund günstigen Sinne äußerten. Werde England einlenken, so müsse auch Frankreich folgen. Gnymans gab noch ein Urteil über die Haltung der unabhängigen Sozialdemokraten in Deutschland nach den Wahlen ab. Gnymans bezeichnete die Politik der Unabhängigen als sehr ungeschickt. Die Weigerung der Unabhängigen, in eine Koalition mit den Reichssozialisten und den wirklich demokratisch gesinnten bürgerlichen Kreisen einzutreten, sei kluglos. Diese Zurückhaltung vor einer Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Kreisen habe keinen Zweck in der gegenwärtigen Lage Deutschlands. Angesichts des zu bewältigenden Riesensystems könne sich Deutschland eine abenteuerliche Politik wie die der Unabhängigen nicht leisten. Das Anglied der deutschen unabhängigen Sozialdemokraten sei, daß sie keine einzige starke Persönlichkeit besäßen. Noch heute gelte das Wort Jaurès, der in Stuttgart zu Weibel gelangt hat, daß Anglied Deutschlands sei, daß es in der deutschen Politik keine Partei der Mitte, keine im wahren Sinne des Wortes liberale Partei gebe.

Badischer Landtag.

Abbau der Preise. — Fürsorge für Rentnerempfänger.

50. öffentliche Sitzung.

gr. Karlsruhe, 7. Juli 1920.

Präsident Kopp eröffnet die Sitzung um 3.45 Uhr. Auf eine kurze Anfrage des Abg. Karl (D.Nal.) bezüglich des Redarmanals teilt Arbeitsminister Wälder mit, daß geprüft würde, ob entsprechend den Wünschen Heibelbergs ein linksufriger Kanal gebaut werden könnte und daß Wäldersingens deshalb gut tun würde, sich mit Heibelberg zu verständigen.

Abbau der Preise.

Von sämtlichen Parteien des Hauses ist ein Antrag eingegangen, daß der zum Abbau der Zwangswirtschaft eingeleitete Ausschuh sofort auch in die Beratung eintreten möge über die Möglichkeit und Wege zum Abbau der Preise in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft. In der Folge davon möge auch der Ausschuh dann auch die entsprechenden Möglichkeiten zu einem allmählichen Abbau der Löhne prüfen. Der Ausschuh möge die entsprechenden geeigneten Beschlüsse für das Plenum vorbereiten.

Abg. Dr. Scherer (Zent.) begründet den soeben eingegangenen Antrag unter Hinweis auf die allgemeine Tatsache, daß die Preissteigerung ihren Höhepunkt überschritten hat. Es müssen deshalb Mittel zum Abbau der Preise gefunden und die Konsequenzen nach allen Seiten gezogen werden, wenn wir nicht schweren Erschütterungen entgegengehen wollen. Dieser Weg muß jedoch ein gesetzlicher Weg sein.

Abg. Maier-Heibelberg (Soz.):

Wir gingen bei dem Antrag von den gleichen Gründen aus, wie bei der Bildung des Ausschusses zum Abbau der Zwangswirtschaft. Der Abbau der Zwangswirtschaft ist jedoch nur möglich, wenn der Bedarf der Bevölkerung sichergestellt wird. Nun müssen die Wege gefunden werden, um diesem Ziele näher zu kommen. Wir glauben, daß dabei die Verbraucherkammern wertvolle Dienste leisten können, wobei die Konsumenten vertreten sind. Der Karlsruher Weg scheint uns der richtige zu sein, um eine dauernde Verbilligung der Verbrauchsartikel zu bringen. Es muß auf gesetzlichem Wege durch Zusammenwirken beider Teile der richtige Weg gefunden werden.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.): Auch wir unterstützen den Antrag und wünschen, daß sich alle Teile der Verantwortung bewußt sind, die Ruhe und Ordnung zu fördern, entgegenzutreten.

Abg. Habermehl (D.Nal.) schlägt sich den Vorrednern an und wünscht rasches Arbeiten der Kommission. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Fürsorge für Rentner und Rentnerempfänger.

Abg. Eberhardt (Zent.) begründet den Antrag seiner Fraktion auf weitgehende Fürsorge für diejenigen Kreise der Bevölkerung, welche, wie z. B. die Kleinrentner, die Pensionäre und die Rentnerempfänger aus sozialen Verhältnissen, nicht in der Lage sind, ihr kleines Einkommen entsprechend der allgemeinen Verteuerung der ganzen Lebenshaltung zu erhöhen.

Abg. Kaufsch (Soz.):

begründet den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die Regierung zu beauftragen, unter größter Beschleunigung bei der Reichsregierung eine wesentliche Erhöhung der Bezüge der Invaliden, Kranken, Alters-, Witwen- und Waisenrentnerempfänger zu beantragen, wobei die erhöhten Bezüge zu

Väter und Söhne.

Roman von Ivan Turgenjew.

Anna Sergejewna fragte Basaroff unter anderem, was er bei Kirjanoffs getan habe. Fast hätte er sein Duell mit Paul Petrowitsch erzählt, hielt aber an sich, indem er bedachte, er könnte in den Verdacht kommen, er suche sich interessant zu machen, und so antwortete er nur, er habe die ganze Zeit gearbeitet.

„Und ich“, versetzte Anna Sergejewna, „ich habe zuerst Grillen gefangen Gott mag wissen warum; ja ich hatte sogar vor, ins Ausland zu reisen; denken Sie nur! ... Aber nach und nach verging mir der Eifer. Dann kam Ihr Freund, Arkadi Nikolaitich, und ich war bald wieder in meinem alten Gleis, in meiner wahren Rolle.“

„In welcher Rolle, wenn man fragen darf?“

„In der Rolle der Tante, der Gouvernante, der Mutter — was Sie wollen. Apropos, wissen Sie, daß ich lange Ihre enge Freundschaft mit Arkadi Nikolaitich nicht habe begreifen können, ich fand ihn ziemlich unbedeutend. Aber jetzt habe ich ihn besser kennen gelernt, und ich bin überzeugt, daß er Geist hat ... Und vor allem: er ist noch jung, noch jung ... und das sind wir beiden nicht mehr, Eugen Wassilitsch.“

„Ist er in Ihrer Gegenwart immer noch so schüchtern?“ fragte Basaroff.

„War er etwa ...“ begann Anna Sergejewna, sehte jedoch nach einigem Bedenken hinzu: „Er ist jetzt viel vertraulicher, er spricht gern mit mir. Früher floh er mich. Uebrigens muß ich gestehen, daß auch ich keine Gesellschaft nicht suchte. Er und Katia sind jetzt warme Freunde.“

Basaroff wurde ungeduldig.

„Ohne Listen und Künste kann das Weib nun einmal nicht leben“, dachte er.

„Sie behaupten, er hätte Sie geliebt“ sagte er mit kollektischem Lächeln, aber vermutlich ist kein Geheimnis mehr für Sie, daß er in Sie verliebt war?“

„Wie? Auch er?“ rief Anna Sergejewna unwillkürlich.

„Auch er“, wiederholte Basaroff mit einer respektvollen Berührung. „Nur möglich, daß Sie das nicht gewußt

haben und daß ich Ihnen also etwas ganz Neues erzähle!“

Anna Sergejewna senkte die Augen.

„Sie trennen sich, Eugen Wassilitsch“, sagte sie.

„Das glaube ich nicht. Aber ich hätte wohl vielleicht besser getan, von der Sache zu schweigen.“ — „Das wird dich in Zukunft lehren, die Haushälterin zu spielen“, sehte er für sich hinzu.

„Warum hätten Sie nicht davon reden sollen? Aber ich glaube, daß Sie auch hierin einem vorübergehenden Eindruck eine zu große Bedeutung beigelegt haben. Ich fange an zu vermuten, daß Sie ein wenig zu übertreiben schieben.“

„Sprechen wir lieber von etwas anderem, Anna Sergejewna.“

„Warum denn?“ versetzte sie. Aber dieser Einwurf hinderte sie nicht, dem Gespräch selbst eine andere Wendung zu geben.

Obgleich sie selbst meinte, daß, wie sie zu ihm gesagt, alles vergessen sei, so fühlte sie sich doch etwas unbequämlich in Basaroffs Gesellschaft. Nicht bloß bei gleichgültigen Reden, sondern sogar bei Scherzen empfand sie ein leichtes Gefühl der Furcht. Ganz so unbesorgt plaudern und lachen die Leute auf einem Dampfschiffe, auf dem Meere, just als ob sie sich auf dem festen Lande befänden; aber es braucht nur der kleinste ungünstige Zufall einzutreten, sich nur das mindeste Zeichen von irgend etwas Ungewöhnlichem zu zeigen, und sofort ist auf allen Gesichtern eine besondere Unruhe zu sehen, die das beständige Bewußtsein einer beständigen Gefahr verrät.

Die Unterhaltung zwischen Anna Sergejewna und Basaroff dauerte nicht lange. Sie wurde immer nachdenklicher, gab zerstreute Antworten und schlug ihm plötzlich vor, in den Salon zu gehen, wo sie die Kistchen und Katia fanden.

„Aber wo ist denn Arkadi Nikolaitich?“ fragte sie. Als sie hörte, daß er schon seit einer Stunde verschwinden sei, schickte sie nach ihm. Nachdem man ihn eine Zeitlang gesucht, fand man ihn im verborgensten Winkel des Gartens auf einer Bank sitzen, das Kinn nachdenklich auf die Hände gestützt. Es waren tiefe und ernste, aber keine traurigen Gedanken, denen er nachhing. Er wußte, daß Anna Ser-

gejewna sich mit Basaroff allein befand, und empfand nicht die mindeste Eifersucht; im Gegenteil, sein Gesicht zeigte eine große Ruhe und Heiterkeit; er schien entschlossen etwas zu tun, das ihn freute und zugleich in Verwunderung sehte.

Der seltsame Dbinoff hatte die Neuerungen nicht leiden mögen, war jedoch stets bereit gewesen, den meisten Eingebungen eines geläuterten Gemüths einigermassen Nachsicht zu tragen, und infolge dieser Einigkeit mit Konzeptionen hatte er im Garten zwischen den Treibhäusern und dem Weiser, aus russischen Wäldern eine Art griechischer Säulenhalle erbauen lassen. Die Wand, welche den Hintergrund dieser Säulenhalle oder Galerie bildete, war zur Aufnahme von sechs Statuen bestimmt, welche Dbinoff sich aus dem Auslande verschreiben wollte. Diese Statuen sollten die Einsamkeit, das Schweigen, das Nachdenken, die Melancholie, die Scham und das Hartgefühl vorstellen. Eine von ihnen, die Göttin des Schweigens, mit dem Finger auf den Lippen, war angefangen und aufgestellt worden; aber an demselben Tage hatten ihr die Dorfbuben die Nase abge-schlagen und obgleich ein Zimmermaler aus der Nachbarschaft sich anbeidlich gemacht, ihr eine doppelt so schöne Nase, als die frühere anzusetzen, so hatte Dbinoff sie doch fortnehmen und in die Ecke einer Dreieckstreppe stellen lassen, wo sie lange Zeit blieb — zum großen Schrecken der abergläubischen Bäuerinnen.

Die Vorderseite der Säulenhalle war längst von dichtem Gestrüch überwachsen; nur die Säulenkapitelle ragten noch aus diesem undurchdringlichen Grün hervor. Late: der Kelle selbst war es immer kühl, erst in der ärgsten Witterung. Anna Sergejewna liebte diesen Ort nicht, seitdem sie dort eine Katter gefangen hatte; aber Katia ging sehr häufig hin und sehte sich auf eine große Steinbank, die unter einer der Nischen angebracht war. Von der Seite und dem Schatten zuweilen. In und arbeitete sie, aber überließ sich jenem Gefühl vollkommener Ruhe, das wahr-scheinlich jeder Mensch kennt und dessen Reiz darin besteht, stumm und fast mechanisch die mächtigen, breiten Lebens-moosen zu beobachten, die unaufhörlich in uns und um uns fluten.

(Fortsetzung folgt.)

hat in der Verfassung keine Grundlage. Denn was seitens der Juristen gegen die Befähigung der Heil- und Pflegeanstalten gesagt wurde, gilt auch hier. Der Antrag hat seinen Ausgangspunkt in der Bemerkung des Abg. Spang, daß ihm die Landwirtschaftskammer eine der größten Schiebergesellschaften scheine. Der darauf erfolgende Angriff des Betriebsrats der Landwirtschaftskammer hat allerdings das Maß des Erträglichen überstiegen. Viele Leute sind jedoch der Meinung, daß die Immunität nicht dazu dienen darf, die Ehre anderer anzutasten, ohne daß man selbst Material hat.

Abg. Marum (Soz.):
Wir stimmen dem Antrag zu, weil im Lande Gerüchte über unredliche Dinge der Landwirtschaftskammer herumlaufen. Es liegt daher, gleichgültig, wie die Sache liegt, im eigenen Interesse der Landwirtschaftskammer, hier Aufklärung zu schaffen. Es liegt im allgemeinen Interesse, hier nichts zu vertuschen. Ich will annehmen, daß Herr Spang, als er seine Behauptung aufstellte, bereits Material hatte, wenn ich auch Bedenken habe. Denn wenn wir auch Herrn Spang Material liefern, so haben wir doch alles Interesse an reiflicher Aufklärung. Ohne irgend eine Vorliebe für Herrn Spang zu haben, muß das Recht der Immunität doch gewahrt bleiben. Wir müssen alle Mittel ergreifen, um die Wahrheit zu ergründen.

Abg. Strauß (Ztr.) betont, daß rechtliche Bedenken gegen den Antrag nicht vorliegen. Die Angelegenheit Spang hat mit der Sache nichts zu tun. (Große Heiterkeit. Zwischenruf links: Wir glauben's nicht!)

Der Antrag des Zentrums wird gegen die Stimmen der Demokraten und der Deutschnationalen angenommen.
Der Präsident wird den Termin der nächsten Sitzung bestimmen.

Schluß der Sitzung: 7.10 Uhr.

Badische Politik.

Die Katastrophe in unserer Arbeitererziehung.

Schon seit Jahren wurde die Regierung darauf hingewiesen, daß durch den beständigen Gemeindefehlernangel die Erziehung und Bildung unserer wertvollen Volksgenossen großen Schaden leidet und daß die Fortdauer dieses Zustandes, dessen Beseitigung die Regierung keine durchgreifenden Maßnahmen in Anwendung brachte, zur Katastrophe unserer Arbeitererziehung führen müsse. Diefelbe scheint nun mit dem angesagten Ueberstundenstreik der Gewerbelehre förmlich erfüllt zu sein. Die Gewerbelehren nun schon seit Jahren zugunsten der Ueberlastung in dem an sich schon ungemein anstrengenden Gewerbebetrieb, welche ihre Kräfte vor der Zeit erschöpfte und ihre Gesundheit zerrützte und welche sie verhin derte, ihrer pädagogischen und erzieherischen Pflicht in einer Weise nachzukommen, wie es das Interesse der wertvollen Volksgenossen erfordert, zwingt die Gewerbelehre zu diesem Akt der Selbsttötung. Bedenkt man noch dabei, daß die Kraft der Gewerbelehren in einer Weise auch kapitalistisch auf schamlose Weise ausgebeutet wurde, indem dieselbe für die Ueberstunden einen Vergütungssatz erhielt, welcher ca. 1/2 des Normalstundenlohnes eines Industriearbeiters gleichkam, so wird man den Schritt sehr berechtigt finden.

Wie will sich nun die Regierung in dieser Zwangslage, welche sie selbst verschuldet hat, behelfen? Wie wir vernehmen, einfach dadurch, daß die Ueberstunden in der Weise befähigt werden sollen, daß der Pflichtstundenbesuch der Schüler heruntergesetzt werden soll. Das ist der Ueberstundenstreik. Dieser Ueberstundenstreik ist der schlimmste Akt, den die Regierung in dieser Hinsicht begehen konnte. Das ist der Ueberstundenstreik, der die Bildungsbereitschaft unserer gewerblich-werkstätigen Arbeiter mit 3-4 Stunden in der Woche befriedigt wird. Statt die Erziehung zur produktiven Arbeit weiter und sorgfältiger auszubauen, wie es der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens zwingend verlangt, soll dieselbe auf ein Minimum heruntergesetzt werden. Das sind ja geradezu tödliche Wunden für unsere kulturellen und wirtschaftlichen Wiederaufbau! Und warum sind wir soweit gekommen? Weil unter beklümmerten kapitalistischen System eine gebiegene Arbeitererziehung insbesondere dadurch zu unterdrücken wurde, daß sie in einer geradezu raffinierten Art den Ueberstunden hierzu fernhielt. Ist es nicht geradezu ein Symptom: an den höheren Lehranstalten (Mittelschulen) ein geradezu ungeheurer Lehrerüberfluß, hingegen an den Gewerbeschulen ein bedauerlicher Lehrermangel. Gätte die Regierung den wissenschaftl. Geh. Lehrer auch für die Gewerbeschulen wie für die Mittelschulen als Lehrpersonen zugelassen, so hätte diesen genau wie jenen eine reiche Auswahl zu Gebote und es mühte nun nicht ein Kulturzerfall vorgenommen werden, das eine Katastrophe in unserer wertvollen Volkserziehung umfächelt.

Abg. Strauß (Ztr.) begründet den Zentrumsantrag, bei badischen Gerichten oder Staatsanwaltschaften durch Vermittlung des Justizministeriums die Akten zu erheben und dem Landtag vorzulegen, in denen eine Anzeige gegen Angestellte der Landwirtschaftskammer wegen Ueberforderung der Kriegswirtschaftlichen Vorschriften erhoben wurde, oder die Landwirtschaftskammer oder deren Angestellte in irgend einer Weise beteiligt waren und zur Prüfung der vorgelegten Akten einen Ausschuß zu bilden. In allgemeiner Hinsicht ist zu sagen, daß sich gegen die Landwirtschaftskammer ein gewisses Mißtrauen verbreitet hat. Dabei tragen wir uns auf Mitteilungen, bei denen ein großes Maß von Wahrheitsliebe vorliegt. Wir wollen dabei nicht Stimmung gegen die Landwirtschaftskammer machen. Die Mitteilungen sind uns nicht zugegangen, weil wir Material suchten, sondern wir erhielten sie ohne unser Zutun. Ich möchte daran erinnern, daß die Landwirtschaftskammer während des Krieges als Wirtschaftsmittel bestand, 12 000 Kilogramm Pfeffer, den sie von der Schweiz kaufte, nach Mannheim und an norddeutsche Firmen weitervertrieb. Es ist im Justizministerium während des Krieges gegen den Handel genannt worden. Technische Fälle liegen seitens Angestellter der Landwirtschaftskammer für Seife, Schokolade, Kaffee, Mandeln vor.

Abg. Schöna (Dem.): Meine Freunde haben gegen den Antrag Bedenken rechtlicher und sachlicher Natur. Der Antrag

bahn gedacht gewesene Kraftwagenbetrieb und dem damit verbundenen Risiko zu belassen, zumal dem Lande aus der bevorstehenden Neuordnung des Nebenbahn- und Kleinbahnwesens voraussichtlich erhebliche Lasten erwachsen werden. Sollte jedoch der Kraftwagenbetrieb beim Lande verbleiben (worüber der Landtag zu entscheiden hat), so könnte er wohl mit dem Nebenbahn- und Kleinbahnbetrieb in Verbindung gebracht werden.

Schwergerichte.

Schwergericht Karlsruhe.

Das Schwergericht schloß gestern seine dritte Sitzung mit der Verhandlung gegen die 24jährige Hilfsarbeiterin Margarethe Rühm aus Mörzsch wegen

Kindesbstattung.

Die Angeklagte war in ihrem Heimatdorf aufgewachsen und kam dann nach dem Schulbesuch nach Karlsruhe in eine Fabrik. Dort blieb sie von 1911-1918. In dieser Zeit unterhielt sie ein Liebesverhältnis zu einem Gipfer aus Durmersheim. Dann trat sie in Rotenfels in die Dienste der Benzwerke und blieb dort ungefähr 1/2 Jahre. In dieser Zeit führte sie sich gut. Später siedelte sie nach Rastatt über und nahm dort eine Dienststelle an. Ihr Lebenswandel war dort wenig lobenswert und es zeigten sich bald die Folgen ihres Treibens. Schon damals sah sie den Entschluß, falls sie Mutter werde, das Kind aus dem Wege zu räumen. In der Folgezeit siedelte sie nach Stuttgart über. Dort wurde sie aus einer Dienststelle wegen Diebstahls entlassen. Dann ging sie zu einem Onkel in Stuttgart und erhielt wegen eines Diebstahls, den sie bei diesem Onkel beging, vom Schöffengericht in Stuttgart eine kleine Gefängnisstrafe. Nun begab sich die Rühm nach Forzheim. Dort kam sie in der Zeit zwischen dem 22. und 31. Januar nieder. Sie begab sich auf den Abort und ließ dann das Kind in die Grube fallen. Bei Entleerung der Grube wurde der Leichnam aufgefunden und die Täterin ermittelt und am 23. April in Untersuchungshaft genommen. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach Kindesbstattung und die Frage nach milderen Umständen. Das Gericht verurteilte sie zu 2 Jahren und 10 Monaten Gefängnis, abzüglich 6 Monaten Untersuchungshaft. Vertreter der Staatsanwaltschaft war Dr. Heiligsmann. Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Stilling. Mit diesem Falle war die Tagesordnung des Schwergerichts erschöpft und der Vorsitzende entließ die Geschworenen in ihre Heimat.

Begen unerlaubten Tabakhandels wurde vom Schöffengericht in Heidelberg der Landwirt Jakob Pfisterer vom Weisartsförsterhof zu 5000 M Geldstrafe, der Landwirt Konrad Bugler vom Weisartsförsterhof zu 1500 M und der Landwirt Georg Kühn in Kirchheim zu 2500 M Geldstrafe verurteilt.

Soziale Rundschau.

Außerordentlicher deutscher Mietertag.

In Dresden tagte am Sonntag der Bund Deutscher Mietervereine, um in erster Linie zu der bevorstehenden reichsgesetzlichen Regelung der Höchstmieten Stellung zu nehmen. In der Aussprache an der sich Delegierte aus allen Teilen des Reiches beteiligten, wurden die Entwürfe, die bisher im Reichsarbeitsministerium, wenn auch noch nicht endgültig, aufstehen gekommen sind, als unzulässig und den Mieterinteressen schädlich, bekämpft. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

Der Mietertag fordert eine sofortige reichsgesetzliche Regelung der Höchstmieten mit dem Ziele der unbedingten Festhaltung der Grundstückspreise vom 1. Juli 1914, solange sich der Grundbesitz noch in Privat Händen befindet. Jede Erhöhung der Haus- und Bodenrente sowie jede Spekulationsmöglichkeit ist mit allen Mitteln zu verhindern. Der Mietzins darf nicht höher sein als zur Deckung der Hausausgaben unbedingt notwendig ist. In einer weiteren Entschließung wird die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung des Bodens und Wohnungswezens durch die Sozialisierungskommission und die Zuziehung von Mietervertretern zu dieser Kommission gefordert. Die Ausgestaltung des Mietrechtes des B.G.B. als zwingendes Recht wird verlangt. Eine weitere Entschließung bekämpft den Wucher mit Zimmern in Hotels und Pensionen und verlangt die schärfste Erfassung aller verfügbaren Wohnraumes und eine scharfe Wohnraumsteuer. In einer Eingabe wird ferner die Ausgestaltung der Mietminderungsämter zu Wohnungsgerichten und das Revisions- und Wiederaufnahmeverfahren für diese Gerichte verlangt. Gegen die vielen Gesetzwidrigkeiten, die immer noch von verschiedenen Mietminderungsämtern begangen werden, soll energig vorgegangen werden. Einstimmig wurde schließlich ein Antrag angenommen, bei der Regierung Maßnahmen zur Verbilligung der Hausbrandstoffe zu verlangen.

Freiburg, 6. Juli. Hier ist ein Ausstand der Schneidergewerkschaften ausgebrochen, weil die Arbeitgeber wieder den Stücklohn einführen wollten.

Aus der Partei.

Gengenbach, 6. Juli. Sozialdem. Verein. Die Genossen und Genossinnen machen wir darauf aufmerksam, daß am kommenden Sonntag, 11. Juli, abends 8 Uhr, in der „Vilma“ eine Versammlung stattfindet. Zwei wichtige Punkte stehen zur Beratung, weshalb die Genossen gebeten werden, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Jugend und Sport.

Fußballspiel im Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Am Sonntag, 11. Juli, nehmen die Fußballspiele in der Gruppe Karlsruhe Abtl. 1 ihren Fortgang. In Hagsfeld treffen sich 8 Uhr morgens die Vereine Ettlingen, Ruppurr, Rimbheim, Hagsfeld, Liedolsheim, Karlsruhe (West-, Ost- und Südstadt). — Gruppe Bretten spielt in Heidelberg am die Schlußspiele. Es treffen sich da die Vereine Bruchsal, Unterwissembach, Heidelberg, Bretten und Knittlingen. — Am Sonntag, 18. Juli, spielt die Gruppe Durlach morgens 8 Uhr in Weingarten. Es treffen sich die Vereine Unterzombach, Grödingen, Weingarten, Durlach, Aue. Die Leitung dieser Spiele liegt in den Händen des Spielleiters Theodor Rothengah, Weingarten. Die Spielmannschaften werden gebeten, Bälle mitzubringen zur Durchführung dieser Spiele. Der Bezirksleiter.

Arbeiter-Turn- und Sportbund. 3. Bezirk.

Sonntag, den 11. Juli, morgens 9 Uhr, finden Gruppenvertreterstunden in folgenden Orten statt: Gruppe Rastatt in Rastatt, Gruppe Karlsruhe in Daxlanden, Gruppe Durlach in Bergshausen, Gruppe Forzheim in Ittersbach und Gruppe Bretten in Knittlingen.

Arbeitsminister Müdert: Zunächst möchte ich mich dem Antrag des Zentrums zuwenden mit der Bemerkung, daß wir uns mit der Vorlage der Kleinrentner beschäftigen. Eine schematische Hilfe scheidet aus und ist unmöglich, hier muß differenziert werden. Vor allem muß die Gemeinde Mittel zur Hilfe finden. Karlsruhe und Mannheim haben bereits Fürsorge getroffen, vor allem die Kriegswohlfahrtspflege, die den frühesten Armenweg vermeiden. Die Regierung unterstützt beratige Anstalten und hält sich weitere Maßnahmen vor, falls die Mittel der Gemeinden nicht ausreichen. Wegen Erhöhung der Renten aus der Sozialversicherung, wie es der sozialdemokratische Antrag will, wenden wir uns an das Reichsarbeitsministerium. Die Regierung erkennt die Notlage der Rentnempfänger ohne weiteres an und wird den Antrag an die Reichsregierung weitergeben. Es ist zu erwarten, daß Reichsregierung und Reichstag sich demnach mit der Frage beschäftigen werden, um die große Not zu lindern.

Abg. Frau Siebert (Ztr.) weist auf die große Not der Kleinrentner hin die sich ihr kleines Vermögen unter Entbehrungen juristlegten.

Abg. Frau Platenius (Dem.) auf der Tribüne unverständlich, schließt sich der Vordrednerin an.

Abg. Wehner (Soz.):
Die niederen Rentensätze sind ein Beispiel dafür, wie schlecht der Staat früher für die Arbeiter sorgte. Der Betrag von 1,50 M ist kein Trinkgeld mehr, sondern ein Almosen. Es wäre zu wünschen, daß die Notelle zur Arbeiterversicherung schon eil als möglich in Angriff genommen wird, um die Pflichtvergessenheit des alten reichs Deutschland einigermaßen gut zu machen und den Rentnempfängern einigermaßen das Leben zu ermöglichen. Vor allem sind wir aus Gesundheitsrückgründen zu einer wesentlichen Erhöhung der Rentensätze verpflichtet und zwar so schnell als möglich.

Abg. Habermehl (D.Nal.) betont gegenüber dem Vordredner die Schaffung der Sozialversicherung durch den alten Staat und unterstützt die Rentenfürsorge.

Abg. Freudenberg (Dem.) empfiehlt den sozialdemokratischen Antrag. — **Abg. Spengler (Ztr.)** weist auf die Not aller Kleinrentner hin, die ihr Vermögen in österreichischen Papieren anlegten und nun sinnlos sind. — **Abg. Eierhardt (Ztr.)** betont, daß die Kosten der Rentenerhöhung vom Reich getragen werden müssen.

Abg. Nausch (Soz.) begrüßt die allseitige Zustimmung zu seinem Antrag und vor allem, daß Abg. Freudenberg als Industrieller freudig die Kosten der Rentenerhöhung bezahlen will (Allgemeine Heiterkeit). Wenn wir früher gegen die Versicherung stimmten, so schon deshalb, weil aus den Ueberstunden der Höhe auf Lebensmittel die Renten teilweise gedeckt werden sollten, was jeder Moral spottet (Geh. richtig!). Wir waren 1888 gegen das Gesetz, weil es zu wenig brachte, die Rechte war dagegen, weil es ihr zu weit ging.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Habermehl (D.N.) und Abg. Freudenberg (Dem.), der sich nicht entfernt, gesagt zu haben, daß die Arbeitgeber erhöhte Beiträge freudig begriffen, wird die Beratung geschlossen.

Der Antrag des Zentrums auf Fürsorge für die Kleinrentner und der Antrag der Sozialdemokratie auf Erhöhung der Bezüge der Rentnempfänger werden einstimmig angenommen.

Grundvererbsteuerakt.
Abg. Dr. Wladner (Dem.) berichtet namens der Kommission über den Gesetzentwurf, wonach das auf Baden entfallende Aufkommen aus dem Grundvererbsteuergesetz in vollem Umfang in die Landeskasse fließt. Die Gemeinden werden bei einer Reihe Vorbehalte, ermächtigt, Zuschläge für eigene Rechnung zu erheben, die zwei von Hundert des Grundvererbsteuerpflichtigen Wertes (in speziellen Fällen eins von Hundert) nicht übersteigen dürfen. Die Kommission beantragt Annahme des Gesetzentwurfs.

Nach Bemerkungen des Abg. Helfrich (Ztr.), der auf der Tribüne unverständlich ist, wird der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Die Abrechnung der Oberrechnungskammer für 1917 und 1918 wird unbeanstandet erklärt.

Der Zentrumsantrag auf Prüfung von Anzeigen gegen Beamte der Landwirtschaftskammer.

Abg. Strauß (Ztr.) begründet den Zentrumsantrag, bei badischen Gerichten oder Staatsanwaltschaften durch Vermittlung des Justizministeriums die Akten zu erheben und dem Landtag vorzulegen, in denen eine Anzeige gegen Angestellte der Landwirtschaftskammer wegen Ueberforderung der Kriegswirtschaftlichen Vorschriften erhoben wurde, oder die Landwirtschaftskammer oder deren Angestellte in irgend einer Weise beteiligt waren und zur Prüfung der vorgelegten Akten einen Ausschuß zu bilden. In allgemeiner Hinsicht ist zu sagen, daß sich gegen die Landwirtschaftskammer ein gewisses Mißtrauen verbreitet hat. Dabei tragen wir uns auf Mitteilungen, bei denen ein großes Maß von Wahrheitsliebe vorliegt. Wir wollen dabei nicht Stimmung gegen die Landwirtschaftskammer machen. Die Mitteilungen sind uns nicht zugegangen, weil wir Material suchten, sondern wir erhielten sie ohne unser Zutun. Ich möchte daran erinnern, daß die Landwirtschaftskammer während des Krieges als Wirtschaftsmittel bestand, 12 000 Kilogramm Pfeffer, den sie von der Schweiz kaufte, nach Mannheim und an norddeutsche Firmen weitervertrieb. Es ist im Justizministerium während des Krieges gegen den Handel genannt worden. Technische Fälle liegen seitens Angestellter der Landwirtschaftskammer für Seife, Schokolade, Kaffee, Mandeln vor.

Abg. Schöna (Dem.): Meine Freunde haben gegen den Antrag Bedenken rechtlicher und sachlicher Natur. Der Antrag

Die Teuerungsunruhen in Karlsruhe.

Das Gewerkschaftskartell und die Betriebsräte zu den Teuerungsunruhen.

Die Vertreter des Ortsausschusses Karlsruhe des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes nahmen mit den Betriebsräten in einer gemeinsamen Sitzung am Mittwoch nachmittag Stellung.

Es wurde von allen Seiten behauptet, daß der rein wirtschaftlichen Demonstration durch politische Reden Abbruch getan wurde; weiterhin durch verantwortungslose Elemente, die weder gewerkschaftlich noch politisch organisiert waren, gestern und heute Ausschreitungen vorgenommen wurden.

Der Ortsausschuß wie auch die Betriebsräte lehnen die Verantwortung hierfür ab. Gegen die Wahl der Kommissionen, die am Montag gewählt wurden, wurde scharfer Protest erhoben und gefordert, daß für einige Mitglieder derselben die weder als Betriebsräte noch als Kartellvertreter von den organisierten Arbeitern und Angestellten gewählt sind, neue gewählt werden sollen. Daraufhin wurde für die Bearbeitung der Lebensmittelschaffung und Preisbildung, sowie für die Preisfestsetzung der Bedarfsartikel, je eine halbebräde Kommission ernannt. Weiterhin wurden 6 Kollegen zur Bearbeitung der Gewerkschaftsfrage und Arbeitsbeschaffung bestimmt.

Die alten Kommissionen sind somit aufgelöst. Mit Behauern und Entziehung wurde Kenntnis genommen von den Vorarbeiten am heutigen Tage, wo gewissenlose Elemente in verschiedene Verkaufsgeschäfte der Stadt einbrachen, sich als Kommissionenmitglieder ausgaben und die Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel willkürlich bestimmten. Am vorletzigen Vorabend wurden, werden die Mitglieder der neuen Kommissionen mit Ausweisen des Ortsausschusses versehen, die vom Bezirksamt und Bürgermeistereiamt abgeholt sind.

In voller Übereinstimmung aller Beteiligten wurde zum Ausdruck gebracht, daß die in der Demonstration aufgestellten Forderungen auf Verabsichtigung der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsartikel durchgesetzt werden müssen. Zur Erreichung dessen müssen alle politischen Meinungsverschiedenheiten zurückgestellt werden. Kollege Krebs, der als Delegierter für Baden in Berlin bei der Reichskonferenz der Betriebsräte war, machte Mitteilung von dem Beschluß, wonach die Betriebsräte überall in Deutschland in die Kartelle eingebaut werden sollen, damit ein inniges Zusammenarbeiten in allen wirtschaftlichen Fragen möglich sei. Der Zentralbetriebsrat von Berlin blieb mit seiner Auffassung über die Bildung von revolutionären Betriebsräten allein und ist somit isoliert. Nach diesem Beschluß ist es nun in allen wirtschaftlichen Fragen zusammenzutreten, damit die Arbeiter und Angestellten dem geschlossenen Unternehmertum, die eigene geschlossene Macht entgegenstellen können.

Wir begrüßen diese Beschlüsse der Gewerkschaftsvertreter. Wenn sie mit Energie und Hochdruck durchgeführt werden, sind die durchaus geeignet, dem Loben unverantwortlicher Elemente ein Ende zu bereiten. Aber — auf die Energie kommt es dabei an. Wenn die Vertreter der Gewerkschaften und die Betriebsräte sich innerhalb der Organisation und Betriebe für die Durchführung der Beschlüsse einsetzen, wenn sie den Mut und die Kraft aufbringen, gegen die Elemente anzukämpfen, denen nichts an der praktischen Hilfe für die Arbeiterchaft und für die Volksmassen liegt, dann werden wir sehr bald aller dunklen Treiberien Herr werden.

Die Geschäftswelt weiß nunmehr, daß nur solche Personen und Kommissionen in der Frage der Preisbildung und der Lebensmittelschaffung mitzuwirken haben, die durch Ausweisung des Bezirksamts und des Stadtrates dazu ermächtigt sind. Gegen alle anderen Personen und „Kommissionen“ muß aber dann nicht nur das Publikum energisch Stellung nehmen, sondern wir erwarten auch von den Sicherheitsorganen, daß rücksichtslos zu und durchgegriffen wird. Wenn die organisierte Arbeiterchaft durch ihre Vertreter mit den Behörden zusammen arbeitet, dann lassen sich recht beträchtliche Erfolge erzielen, im Interesse der Allgemeinheit. Wir hoffen, daß nunmehr dem seit Montag bestehenden Zustande ein Ende bereitet wird, daß Leute, die keinen Auftrag und keine Legitimation von Seiten der Organisationen und der Behörden haben, auf der Straße und in Geschäftslökalen sich als die Herren aufspielen können.

Die Organisationen werden unsere Unterstützung dabei in jedem Falle haben; hoffentlich hört aber dann auch die Blamage auf, daß organisierte Arbeiter sich um einen Traubinger und seinesgleichen stellen.

Wie wir auch an anderer Stelle mitteilen, sind gestern die Sicherheitswehrmänner in schändlicher Weise beschimpft worden. Wir appellieren an die Arbeiterchaft, diesem elenden Treiben entgegen zu treten. Die Mannschaften tun ihre Pflicht und dienen, indem sie für die Ruhe und Ordnung sorgen, der Allgemeinheit. Wir wissen, daß von Seiten der maßgebenden Behörden alles getan wird, um Zusammenstöße zu vermeiden. An den leitenden amtlichen Stellen denkt niemand daran, die Massen zu provozieren. Aber der Schutz der Stadt, der Personen und des Eigentums muß von der Behörde durchgeführt werden.

Gestern ist Blut geflossen. Wie immer bei solchen Anlässen sind die Opfer meistens unschuldige Personen. Diejenigen, die durch ihr unverantwortliches Treiben das Einschreiten der bewaffneten Macht verschulden sind niemals unter den Opfern, wie man sie auch niemals dort sehen wird, wo wirkliche Gefahr ist. Diese Herrschaften wissen die Kostbarkeit ihres Lebens stets rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Wir wiederholen auch hier die schon an anderer Stelle ausgesprochene Mahnung, endlich doch die elende Reuiger zu zähmen. Die eben unter Umständen mit Gefahr verbunden sein kann. Was das Publikum sich gestern alles in Gafferei geleistet hat, dürfte kaum überboten werden. Besonders die Frauenvwelt tat sich dabei neben den Jugendlichen hervor. Führt die Reuiger zu Opfern, dann ist hinterher die Keimleier völlig unbedeutend, ganz abgesehen davon, daß die Massen der Reuiger die Aufrechterhaltung der Ordnung erheblich erschweren.

Hoffentlich gehen die turbulenten Szenen der letzten Tage zu Ende. Für die Bevölkerung kommt dabei nichts Butes heraus. Sie schädigt sich durch Teilnahme an solchen Szenen in hohem Maße.

Und noch eins ist zu beachten: Bestimmte Personen, die ein Interesse daran haben, daß die Erregung unter dem Publikum sich nicht legt, verbreiten systematisch die wilden Gerüchte. Leichtfertig werden dann diese Gerüchte weiter getragen. Wenn sind gestern nicht die sauberen „Augenzeugen“ begegnet, die Stein und Bein darauf schwören, foudroyal Tote gesehen zu haben? Und wie viele „Zeugen“ konnten wir hören, die die massenhafte in den Hartwald geflüchteten Kapitalisten „gelesen“ haben, während angeführte arme Frauen brutal mißhandelt worden sind?

Etwas mehr Selbstacht, und eine ganze Menge weniger Leichtgläubigkeit, um dringender. Ebenso auch die Sucht, jeden gehörten Schwindel noch zu übertreiben und weiter zu erzählen. Es wird viel Unheil und gelegentlich auch Unheil durch diese traurigen und wackeligen Schwäbereien angerichtet.

Die Arbeiterchaft erwidert, keiner Parole zu irgend einer Aktion zu folgen, sei denn, sie geht von den berechtigten Vertretern der Arbeiterorganisationen aus. Daß die Traubinger und Genossen keine berechtigten Vertreter der Arbeiterorganisationen sind, sollten die Arbeiter wissen.

Die Behörden. — Die Reuigeren. — Die Maßregeln der Stadtverwaltung. — Die Geschäftswelt.

Wir nahmen gestern Veranlassung, sowohl mit den leitenden städtischen wie den Sicherheitsbehörden über die Situation und zu unterhalten. Bei allen Behörden fanden wir volles Verständnis für die Notlage, in der sich die Mehrzahl der Arbeiter, Angestellten und Beamten befindet. Aus dem Munde maßgebender amtlicher Persönlichkeiten haben wir recht scharfe Worte der Verurteilung über den Ungehörigen vernommen, der teilweise nicht nur mit Nachsicht und Genußmitteln, sondern auch mit Bedarfsartikeln betrieben werden ist. Wie am Montag und Dienstag überall auf den Straßen die unteren Sicherheitsorgane, Polizei und Gendarmen, eine ruhige und vernünftige Haltung bewahren und dadurch höhere Zwischenfälle verhindern haben, so weiß man auch im Bezirksamt die berechtigten Erbitterung der Konsumenten durchaus zu würdigen.

Selbstverständlich müssen die Sicherheitsbehörden alles tun, was in ihrer Kraft und Macht steht, um die Ruhe aufrecht zu erhalten, die Sicherheit von Personen und Eigentum zu gewährleisten. Daß natürlich die Sicherheitsorgane nicht gleich immer zur Stelle sein können, wenn, wie es oft geschieht, irgend jemand sich bedroht glaubt, ist verständlich. Ein bißchen mehr Ruhe und kaltes Blut innerhalb der Bevölkerung würde manche ärgerliche Szene eripieren und den Sicherheitsorganen den harten Dienst wesentlich erleichtern. Und nicht minder wertvoll wäre es, wenn die Reuigeren sich minderten. Sie sind die eigentliche größte Gefahr. Unter dem Schutze ihrer Masse können rabauische Elemente so ziemlich jeden Unfug verüben. Wollen Sicherheitsorgane einschreiten, dann nehmen regelmäßig diese Gaffer und Schaulustigen auch noch gegen die Behörden Stellung.

Wir konnten uns überzeugen, daß die Sicherheitsbehörden den ersten Willen und die klare Erkenntnis haben, bis zur äußersten Grenze des Erträglichen und Zulässigen in der Zurückhaltung zu gehen. Daß man aber gewisse Elemente sich nicht zum Herrn der Straße aufspielen lassen darf, gebietet der Schutz der Allgemeininteressen.

Wir eruchen abermals die Arbeiterchaft, den wilden Aufmäusen fern zu bleiben und richten diese Mahnung vornehmlich an die Frauen. Die Stadtverwaltung hat bereits eine Verabsichtigung der Preise eintritten lassen. Das ist nur möglich, indem die Stadt abermals ganz enorme finanzielle Opfer bringt, die sie tragen ihr recht schwer fallen werden. Der etwas bequeme Hinweis, den ein Arbeitervertreter in der Sitzung am Dienstag auf dem Rathaus gemacht hat, daß eben das Reich und die Stadt finanziell helfen einbringen müssen, ist eine sehr hübsche Idee, aber keine derjenigen, die sonderliche Auswirkung auf praktische Vermittlung haben.

Die Stadt Karlsruhe hat, um für alle Fälle die Ernährung der Bevölkerung einigermaßen zu sichern, seinerzeit erhebliche Einkäufe gemacht. Das mußte aber zu sehr hohen Preisen geschehen, denn zu besseren Bedingungen waren bei der starken Nachfrage nach Lebensmitteln die Waren damals nicht zu haben. Wenn jetzt so verhältnismäßig starke Preisabschläge durch die Stadt vorgenommen werden, sind hohe finanzielle Einbußen unvermeidlich. Um der notleidenden Bevölkerung zu helfen, wird die Maßregel durchgeführt und die Stadtverwaltung hofft, davon, auch allgemein auf eine Preisfestsetzung wenigstens etwas einwirken zu können.

Die Durchführung dieser Maßregeln muß selbstverständlich einig erwogen werden, sie kann nicht durch Schreiereien auf dem Marktplatz und an Straßenenden erfolgen.

Wenn die Elemente in Stra unerschüttert bleiben und Deutschland keine, oder keine nennenswerte Hilfe zu sagen sollte, werden alle wunden radikalen Nebenarten und nichts helfen, dann wird die Not binnen Kurzem neben der Teuerung wieder zunehmen. So kurzdar diese Aussicht auch ist, und so tiefes Leid sie für die Massen bedeuten würde, wir müssen sagen, was unter Umständen kommen kann. Wir müssen die Arbeiter wahrheitsgemäß unterrichten, dürfen sie nicht mit leichtfertigen Versprechungen irreführen.

Daß die Geschäftswelt nur widerwillig in eine Verabsichtigung der Preise einwilligt, mag von ihrem geschäftlichen Standpunkt aus erklärlich sein.

Aber schließlich kann die konsumierende Bevölkerung nicht dauernd unter dem Umfange leiden, daß viele Geschäftskente blind und in kaum gezügelter Profitlust enorm große Einkäufe zu den höchsten Preisen gemacht haben in der famosen Hoffnung, die Preise werden noch weiter steigen, der Profit dann ein gewaltiger sein. Und schließlich merkten eben auch die Konsumenten, daß man ihnen die alten, ehemals noch billig eingekauften Waren zu den höchsten Tagespreisen verabsolgt und dabei „Geld wie Heu“ gemacht hat. Wir haben im Verlaufe der letzten Monate immer wieder auch die Geschäftswelt gewarnt und gebahnt; leider ohne Gehör gefunden zu haben.

Nun rät die Erbitterung und in größter Angst, wenn auch in heimlichem Zorn, sehen sich nun viele Geschäftskente gezwungen, plötzlich tun zu müssen, was sie schon früher hätten tun sollen. Die Organisationen, die der Handel, die Detailhändler usw. doch auch haben, konnten, wenn sie auch nur etwas fähig sind, die Allgemeininteressen mit zu beachten, die Situation erkennen, die eines Tages zur Explosion zu führen drohte. Durch rechtzeitige Radikalität lassen sich erfahrungsgemäß in der Regel große Unbefehle vermeiden.

Folgeschwere Ausschreitungen in Karlsruhe.

Eine Tote, 8-10 Verwundete.

Wer hätte es je gedacht, daß in der sonst so ruhigen Stadt Karlsruhe sich solche Vorgänge abspielen können, wie am heutigen Tage. Die wüsten Szenen von vorgestern wurden noch übertrifft und wiederum war es das Warenhaus Knopf, das als Hauptleidtragendes aus der Miffire herorging. Nachdem bis 11 Uhr der Verkauf mit 30 Proz. Abschlag aller Waren in Ruhe bewerkstelligt wurde, brang plötzlich um 11 Uhr vorzeitig ein Haufen Menschen ins Haus, die sich ähnlich wie am Tage zuvor darin aufhielten. Das Personal wurde in gemeiner Weise beschimpft, Verkäuferinnen geohrfeigt und eine Kassiererin verprügelt, weil sie die Kasse nicht herausgeben wollte. Im übrigen wurde framm „eingekauft“, d. h. geküßt, was das Zeug hält. Schlimm wurde im 3. Stock gehaust, wo eine Menge Personwaren in blinder Wut zertrümmert wurden. Das Warenhaus hatte naturgemäß wieder großen Schaden zu erleiden. Diese Szenen wurden so weit getrieben, daß Sicherheitswehre herbeigerufen wurden mußte. Die anwesende Polizei war einfach machtlos. Um 12 Uhr wurde ein weiterer Zug Sicherheitswehre mit Maschinengewehren herbeigeholt und das Haus gewaltig geräut und geschloffen. Auch das Warenhaus Lieh wurde um diese Zeit geschlossen und ebenso die meisten anderen Geschäfte auf der Kaiserstraße.

Inzwischen wurden die Menschenansammlungen immer größer, so daß man sich wirklich wundern mußte, wie viele beschäftigungslose Personen es in Karlsruhe gibt, die Zeit haben, halbe Tage lang auf der Kaiserstraße herumzustehen. Die herbeigeholte Sicherheitswehre hatte natürlich einen schweren Stand. Auf der Kaiserstraße war in den ersten Nachmittagsstunden ein Zug Sicherheitswehre und ein Panzerauto mit Besatzung in Bereitschaft aufgestellt, die von einer kleinen Menschenmenge umlagert waren, die gegen die Soldaten sich in einfach ständischer Weise benahm. Die hochschreitenden Vorkämpfer mußten sich die Leute gefassen lassen. „Lumpen“, „Ladbi“, „Ainfunde“ wurde ihnen entgegengerufen bis ab und zu einer der lautesten Schreier aus dem Volk heraus eine kräftige Ohrfeige erhielt. Es muß gesagt werden, daß sich hier die Sicherheitswehre trotz härtester Provokation sehr zurückhaltend benahm. Die Soldaten schielten mit gutem Gemut zu den häßlichen Vorkämpfern und Beschimpfungen. Um 3 Uhr etwa rückten die Mannschaften samt Panzerauto ab und marschierten nach dem Vinkenheimer Tor zu, wo sie in der Nähe des Englischenbergplatzes am Waldrande laserten. Eine große Menschenmenge folgte ihnen schimpfend und johlend. Die Menge wich nicht von der Stelle. Mäßig setzte sich das Panzerauto in Bewegung und es fielen scharfe Schüsse. Auch hörte man das Knattern eines Maschinengewehrs. Die Sicherheitswehre schoß eine Salve in die Menschenmenge und eine Anzahl Verwundeter wälzten sich im Blute. Nach unseren ersten Feststellungen wurden

eine Frau getötet und 8-10 Personen verwundet.

Die getötete Frau erhielt einen Schuß in den Hals und war sofort tot. Eine andere hochschwangeren Frau erhielt einen Schuß durch den Oberleib und ein Mann einen Schuß durch den Oberarm. Die übrigen Verwundungen sollen leichter Natur sein. Genaueres wird im ersten Moment nicht festzustellen. Große Mäntel auf der Straße waren Zeugen des Verfalls. Tante, und Totenwagen wurden genau wie früher bei den zahlreichen Mordopfern durch die Straßen der Stadt. Unbegreiflich war, daß trotz des Vorgefallenen die Menge nicht wich, so daß die Hans-Thomastraße beim Landgerichtsgelände durch einen Polizeistreifen abgesperrt werden mußte. Organe der Arbeiterchaft mit weichen Händen unterstützten die Polizeimannschaft und suchten die Menge zu beruhigen. Aber bis in die Abendstunden fanden die Menschen in Gruppen auf den Straßen in der Nähe des Theaters.

Auch im Stadtkern waren bis abends auf dem Marktplatz große Ansammlungen von Menschen, insbesondere vor den Warenhäusern. Viele Frauen hatten leere Körbe am Arm. Alles wartete, ob nicht wieder geöffnet wird. Über das Warenhaus Knopf war bis abends von einem starken Gendarmen- und Polizeiaufgebot abgesperrt, ab und zu fielen auch in der Stadt einzelne Schüsse.

Vegen Abend wurde unter der Menge von Mund zu Mund bekanntgegeben, daß um 8 Uhr ein Verfallung auf dem Marktplatz stattfinden. In der Tat war auch um diese Zeit der Platz dicht mit Menschen gefüllt, so daß die elektrische Bahn nicht verkehren konnte. Eine ganze Reihe Wagen mußte warten bis die Postage frei wurde. Im Rathaus hielten dann 3 kommunizieren Auftritte, die sich die blutigen Vorgänge des Tages zu nuse machten und wüßlich auf die Regierung schimpften, die an allem schuld sei. Daß die Kommission aber tagsüber unter den angesammelten Menschen ständig Versammlungen hielten und die Lebensnotlagen in Siechtigkeit hielten, das sagten sie nicht. Das verdammten sie. Aus ihrem Munde schimmerte, trotz allen Vorkämalles eine bemerkenswerte Beklemmung, denn sowohl der Kommunist Friedrich, wie auch der Kommunist Traubinger beuerten, daß die Kommunisten die fröhlichsten Menschen von der Welt seien und bestie keine Gewalttate wollten. Traubinger verließ sich am Schluß seiner Rede zu der Anforderung, ruhig nach Hause zu gehen und weiter keine Demonstrationen zu machen. Der Reichlich sind die Kommunisten nicht für die Gewalt, proklamiert, sie aber das Volk zu Unbesonnenheiten an und, wenn dann solche Dinge vorkommen, wie die getrigen, sind sie immer unzufrieden. Schuld sind immer die anderen. Es wurde aber auch vielfach behauptet, daß tagsüber besserstellende Elemente sich unter die Menschenmassen mischten und als „Rechtspolitiker“ die Leute antisemitisch aufzuputten suchten und man findet vielerlei hierin den Grund, warum besonders die Warenhäuser heimgesucht wurden.

Im übrigen gehen wir der Hoffnung Raum, daß sich hier solche Dinge wie gestern nicht wiederholen. Damit kommt man nicht zum Ziel. Anerkennung muß auch werden, daß sich die organisierte Arbeiterchaft sehr wohl, die war an der Arbeit und nicht auf der Straße.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß der Landtag mit Berücksichtigung der vorgestrichen Demonstration des Gewerkschaftskartells beschlossen hat, alle Maßlichkeiten des Abbaues der Preise energisch in die Hand zu nehmen. Die Kommission zum Abbaue der Zwangsverwaltung wurde beauftragt, zwecks sofortigen Abbaues der Preise für Erzeugnisse der Industrie und Landwirtschaft mit den beschafften Berufsgruppen in Verbindung zu treten. Hoffentlich nützt es etwas. Es ist höchste, aber auch allerhöchste Zeit.

Eine antliche Darstellung über die blutigen Vorgänge auf der Vinkenheimer Allee.

Antlich wird gemeldet:

Trotz aller Warnungen von Arbeiterführern und der Polizeidirektion verfuhrte Mittwoch vormittag ein Trupp junger Turfchen erneut, im Warenhaus Knopf zu plündern. Er hatte sich zu diesem Zwecke ganzteil mit Musikanten, Köchen usw. versehen. Es war auch teilweise mit dem Plündern begonnen worden, als es der Polizei und der Gendarmen gelang, das Warenhaus zu räumen. Zur Säuberung der um das Warenhaus ziehenden Straßen wurde nun von der Polizeidirektion die Sicherheitspolizei zu Hilfe gerufen, die auf Forderung von Arbeiterführern jedoch von einer Säuberung der

Tages-Ordnung

zu der am Dienstag, den 13. Juli 1920, vormittags 8 Uhr, im Bezirksratsaal in Karlsruhe stattfindenden

Bezirksratsitzung.

I. Öffentliche Sitzung. Verwaltungssachen.

- 1. Besuch der Firma Junfer u. Ruch hier um Erlaubnis zum Betrieb einer Fabrikantinn...
2. Besuch der Eheleute Josef Seiter hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft...
3. Besuch des Emil Wiltmer hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft...
4. Besuch des Metzgermeister Max Süß in Graben um Einrichtung einer Schlächtereier...
5. Besuch des Karl Theodor Stüb in Eggenstein um Erlaubnis zum Betrieb der Gastwirtschaft...
6. Besuch des Adolf Duschleiter Metzger und Wirt in Gagstfeld, um Erlaubnis zum Betrieb der Realgastwirtschaft...
7. Besuch des Metzgers Hermann Weinger in Hochstetten um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft...
8. Besuch des Julius Kropp in Anielingen um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft...
9. Besuch der Firma R. Fuchs u. Co. hier um Genehmigung zur Lagerung von Lumpen...
10. Die Errichtung von Betriebsratskursen betr.
11. Maßnahmen gegen Wohnungsmangel und den Schutz der Mieter betr.
12. Befreiung von Unterführungen in den Dienst getretener Mannschaften. O. J. 218

Preis-Abschlag.

In Ergänzung der gestrigen Bekanntmachung des Stadtrats wird nachstehendes zur Kenntnis gebracht:

Die aus Vertretern der Arbeiter- und Angestelltenvereine und des Einzelhandels zusammengesetzte Preis-Kommission hat gemeinsam folgende weitere Preisermäßigungen beschlossen:

- 1. Die Preise für alle Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie Kleidungsstücke, Wäsche, Schuhwaren, Haushaltsgegenstände u. a. mit Ausnahme der Luxusartikel werden mit sofortiger Wirkung um mindestens 30 Proz. herabgesetzt.
An dieser Preisermäßigung nehmen alle Personen teil, die sich durch ihre Lebensmittelausweis-Karte als Angehörige hiesiger Haushaltungen ausweisen können.
2. Die Preise für die wichtigsten im freien Handel befindlichen Lebensmittel sind wie folgt ermäßigt worden:

- das Pfund,
Mülsenfrüchte auf 2.50 M,
Pfefferkörner auf 3.50 M, für besonders Bedürftige 2.50 M,
Brotpreis auf 5 M, für besonders Bedürftige 4 M,
Vollkorn auf 6.50 M,
Kaffee auf 22 M und 26 M,
Kakao auf 20 M und 22 M, für besonders Bedürftige 16 M,
Lebenswaren (Auslandsware) auf 10 M, für besonders Bedürftige 7 M,
Koflossett auf 20 M (der das von der Stadt durch die Metzger verkaufte Fett 13 M),
Amerik. Schweinefleisch auf 18 M,
Dürrfleisch auf 4 M,
Kondens. Milch auf 8 M, für besonders Bedürftige 6 M.
Wegen Ermäßigung der Preise für die übrigen wichtigsten Lebensmittel sind Verhandlungen mit den Erzeugern eingeleitet.

Preisüberwachung.

Die Bevölkerung und die Geschäftsinhaber werden darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche Personen berechtigt sind, auf dem Wochenmarkt oder in den Ladengeschäften eine Preis-Kontrolle auszuüben die sich mit einer vom Bürgermeisteramt und Bezirksamt abgestempelten Befreiung als Mitglieder der Preis-Kommission ausweisen können.

Karlsruhe, den 7. Juli 1920. Das Bürgermeisteramt.

Ein fach-Ausstellung Drangerie. 4410. Heute Donnerstag Abend Öffentl. Vorführung für Technik u. Gewerbe vor der hiesigen Technischen Hochschule.

Volkstkirchenbund. Vortrag von Herrn Pfarrer Stelz "Von der Staatskirche zur Volkskirche." Am Donnerstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, in Karlsruhe, im großen Rathausaal. Der Vorstand.

Bauarbeiterngenossenschaft "Selbsthilfe" Karlsruhe. Wir laden unsere Mitglieder auf nächsten Sonntag, den 11. Juli, vormittags 9 1/2 Uhr, zu einer Versammlung in das Lokal zum "Auerhahn", Schützenstr. 58, ein, mit dem Hinweis, daß die Versammlung pünktlich eröffnet wird.

Mühlburger Cred bank in Liquidation. Wir eruchen die Mitglieder ihr Geschäftsguthaben nebst dem Anteil an dem Reservefond an der Kasse der Rheinischen Kreditbank, Niederlassung Karlsruhe-Mühlburg, gegen Vorlage des Mitgliedsbuches abtad in Empfang zu nehmen.

Weitere Preis-Senkungen in Schuhwaren des Ortsausschusses Karlsruhe des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes. Ab heute verkaufen wir an Jedermann: Jedes Paar Herren-Stiefel in schwarz in allen Lederarten zu M. 140.-, Jedes Paar Herren-Stiefel in farbig zu M. 150.-, Jedes Paar Männer-Arbeitsstiefel zu M. 120.-, Jedes Paar Damenstiefel schwarz zu M. 110.-, Jedes Paar Damenstiefel in farbig zu M. 150.-, Jedes Paar Damenschäftstiefel, in schwarz zu M. 140.-, Jedes Paar Damenschäftstiefel, in braun zu M. 150.-, Damen-Galbschuhe, in schwarz zu M. 85.-, Damen-Galbschuhe farbig zu M. 105.-, Frauen-Galbschuhe, für Werklags zu M. 65.-, Kinder-Schuhe enorm billig.

Belieferung mit Magermilch. Hinfort erhalten alle Personen, welche keine Vollmilch beziehen, 2 Liter Magermilch und zwar immer dann, wenn die Vorräte die Belieferung der Versorgungsberechtigten eines ganzen Milchbezirks gestatten. Bis auf weiteres ist die Belieferung von Magermilch täglich in mehreren Milchbezirken möglich. Es werden also entweder alle Magermilchversorgungsberechtigten eines Milchbezirks mit Magermilch beliefert, oder es erhält, sofern der Bezirk für die Belieferung nicht an der Reihe ist, überhaupt niemand in diesem Bezirke Magermilch. Jeder Versorgungsberechtigte kann so feststellen, ob er bei der Belieferung nicht überangen wird. Die Magermilch wird durch die Händler ausgegeben, welche auch die Vollmilch verteilen. Unregelmäßigkeiten bitten wir uns jeweils unverzüglich zu melden. Karlsruhe, den 6. Juli 1920. 1946 Städt. Milchamt.

Unsere Leser und Leserinnen werden gebeten, bei ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die Inserenten des Volksfreund.

Frische Veith-Pneumatik eingetroffen. Decke Mark . 100.- Schlauch Mark . 30.- Witzemann, Mühlburg Rheinstraße 34 a. 4285

Der altbekannte Circus Pierre Althoff Messplatz, Karlsruhe. Heute Donnerstag, den 8. Juli abends 8 Uhr Das grosse neue abwechslungsreiche Weltstadprogramm. Grosse Anzahl Kassapferde. Erstklassiges Künstlerpersonal. Neu! Madame Morsieur et Madame demi? Neu! Lösen Sie rechtzeitig Eintrittskarten, da täglich ausverkauft. 1943 Vorverkauf im Zigarrenhaus Pfeiffer, vis-à-vis vom Marktplatz. ? Was ist Zemi? Direkte Straßenbahnstation beim Circus.

Baubund-Möbel kaufen Sie preiswert und formschön gegen Barzahlung oder erleichtert. Zahlungsbedingungen bei der gemeinnützigen Hausratgesellschaft. Badischer Baubund e. m. b. H. Karlsruhe. Karl-Friedrichstr. 22 (Eckhaus Rondellplatz) Täglich geöffnet von vormittags 8-12, nachmittags von 2-6 Uhr. Fernsprecher 5157.

Tüchtiger Horizontalbohrer für Präzisionsarbeit von hiesiger Maschinenfabrik gesucht. Ehren an die Expedition des Volksfreund.

Darmstädter Hof Karlsruhe 4371. Alte gemütliche Weinstube u. Hotel 1 Minute von Haltestelle Marktplatz. Gute Weiss- u. Rotweine Mk. 3.80 1/4 Liter. Gute Küche. Verkauf über die Strasse.

Raucher dank! Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Wirkung verblüffend. Auskunft umsonst. Versandhaus Urania Hirschstr. 2, Walthersstr. 28.

Stadt. Badenanstalt (Vierordtbad) Karlsruhe. Medizin. Bäder.

Fahrrad-Gummi! Fahrrad-Reparatur 250.4 Ausland- 340.4 Händler Extra- Rabatt. Fahrrad-Industrie Röhrlingstr. 37. 4033

Darlehen bei Möbelförderung verlangen Sie durch Karl Witzemann, Karlsruhe, Blumenstr. 12. Tel. 3969. Sprechzeit tägl. nachmitt.

Durlacher Anzeigen. Infolge Inventuranahme bleibt die Abteilung für Textil und Lederwaren diese Woche geschlossen. Durlach, den 7. Juli 1920. 1951 Kommunalverband Durlach-Stadt.

Lebensmittel-Verteilung. Ab Freitag, den 9. ds. Mts., gelangen in den hiesigen Ehegerechtsämtern folgende Lebensmittel zur Ausgabe: Bollerflocken 1/4 Pfd. pro Kopf, Preis 0.75 M., Reis 1/2 Pfd. pro Kopf, Preis 1.50 M., Zucker für den Monat Juli 1 Pfd. Preis 1.50 M., Süßholzwur ein Päckchen pro Kopf, Preis 0.50 M. Durlach, den 6. Juli 1920. 1950 Kommunalverband Durlach-Stadt.

Abgabe von Auslandskäse. In den hiesigen Ehegerechtsämtern ist noch ein Restbestand von dem in der vergangenen Woche ausgegebenen holländischen Käse, welcher in beliebigen Mengen an die Bevölkerung abgegeben wird. Der Preis pro Pfund beträgt 14 M. Durlach, den 7. Juli 1920. 1952 Kommunalverband Durlach-Stadt.

Baden-Baden. Abgabe von Biskuitmehl (gemahlene Keks). Auf die X-Markte 01 der Drahten Proffortie der 2. Woche, gültig für die Zeit vom 12.-18. Juli 1920, kann in den Bäckereien und Mehlhandlungen je 1 Pfund Biskuitmehl zum Preise von 4 M. ohne Düte, ab Freitag nachmittags, den 9. Juli 1920, entnommen werden. 1944 Brot- und Mehlamt Baden-Baden.

Dinstatter Anzeigen. Rechtsanwaltskanzlei des Gewerkschaftsvereins. Die Sprechstunden der Rechtsanwaltskanzlei finden jeden Freitag nachmittags von 2-6 Uhr im "Auerhahn" statt. 1924